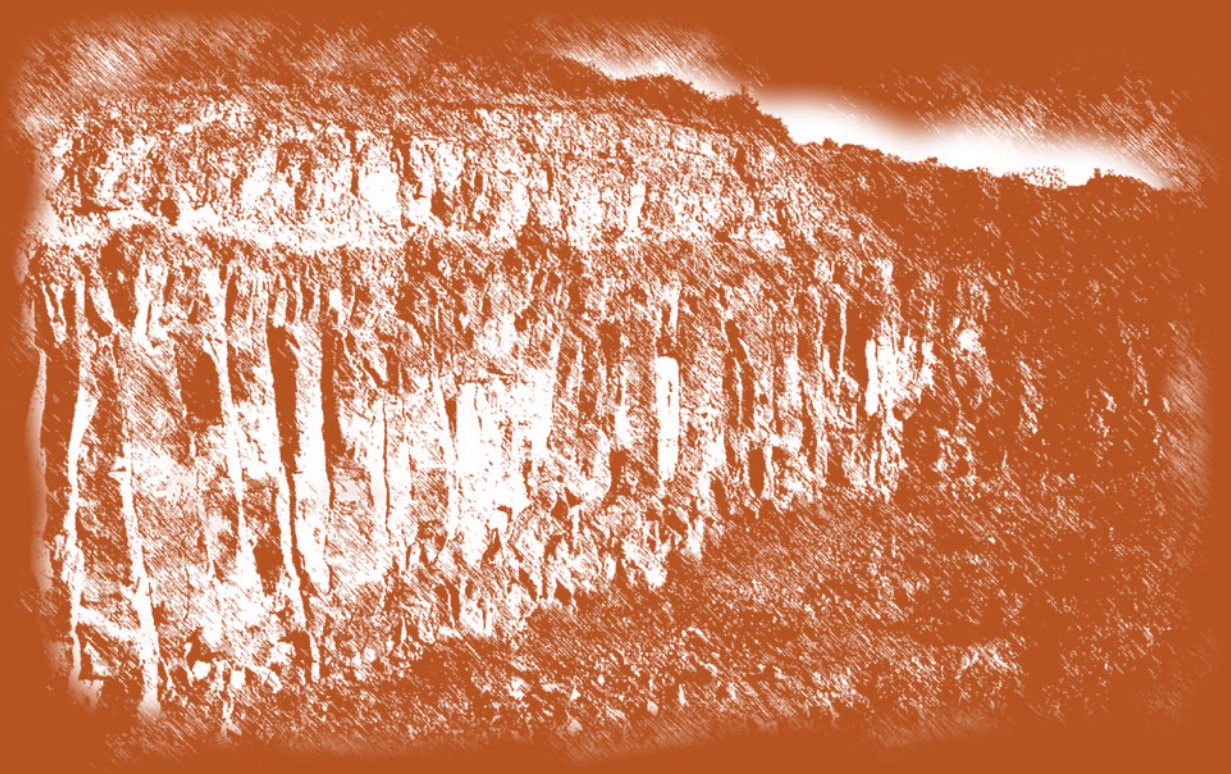
Gemeinsame Erklärung

Rohstoffnutzung in Rheinland-Pfalz



NABU
Rheinland-Pfalz
Naturschutzbund Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

wbn
WirtschaftsVerband
Baustoffe · Naturstein e.V.

Bringt den Stein ins Rollen.

Foto: NABU Naturschutzzentrum Rheinauen

Intakter Auwald:
In solchen ökologisch herausragenden und zudem gefährdeten Biotopen hat der Naturschutz Vorrang vor der Rohstoffnutzung.

Steinbruch (oben) und renaturierter Basaltbruch:
Die zunächst deutlich sichtbaren Eingriffe in Natur und Landschaft können sich nachweislich zu wertvollen Lebensräumen entwickeln.

Fotos (3): NABU Daun

Belastbare Rahmenbedingungen geben Investitions- und Arbeitsplatzsicherheit. Innovative Technik reduziert die Umweltbelastung und erfordert qualifizierte Mitarbeiter.

Vorwort

Unter der Überschrift „Rohstoffnutzung in Rheinland-Pfalz“ stellt die gemeinsame Erklärung des Naturschutzbundes NABU Rheinland-Pfalz e.V. und des Wirtschaftsverbandes Baustoffe – Naturstein e.V. einen ersten Schritt in Richtung einer Harmonisierung unterschiedlicher Zielsetzungen dar.

Rohstoffabbau in Rheinland-Pfalz und Naturschutz waren in den zurückliegenden Jahren oft „zwei Lager“, die sich anscheinend unvereinbar gegenüber standen.

Der Abbau von Gips, Kalk- und Dolomitstein, Basalt, Bims, Kies, Sand, Schiefer und Ton wurde einerseits fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt von Eingriffen in Natur und Landschaft betrachtet. Andererseits wurden die Bedenken des Naturschutzes fast immer als einäugige Blockade-Mentalität gesehen.

Naturschützer haben erkannt, dass Eingriffe in die Natur durch Rohstoffabbau nicht zwangsläufig zum Schaden der Artenvielfalt sein müssen. Oftmals ist es sogar der Fall, dass insbesondere Arten, die auf unbewachsene oder nur spärlich bewachsene Flächen oder auf Wasserflächen angewiesen sind, heute gerade auf Rohstoffabbauflächen vorkommen.

Entscheidend für das Eintreten solcher Wirkungen ist jedoch die Folgenutzung dieser Areale. Wegen ihrer hohen Attraktivität werden sie häufig für eine spätere Freizeitnutzung beansprucht. Dies wiederum verringert ihre Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Hier gilt es in jeder Region beide Zielsetzungen angemessen zu berücksichtigen.

Diese Bedeutung der Abbaustätten für die heimische Flora und Fauna darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Probleme mit dem Abbau in wertvollen Biotopen gibt.

Die Rohstoffgewinnung ist ein notwendiger Wirtschaftsfaktor und ein bedeutender Arbeitgeber. Beschäftigung in den Bereichen des Rohstoffabbaus und insbesondere in den nachgelagerten Industriebereichen sichert das Einkommen vieler Menschen und gibt damit soziale Sicherheit.

Vor dem Hintergrund dieser Erklärung, die auch ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und zur Vertrauensbildung sein soll, hoffen wir, dass die Zahl der Konflikte zukünftig deutlich zurückgehen wird und dass die Zusammenarbeit sich für rohstoffgewinnende Betriebe inkl. der in dieser Branche Beschäftigten und die Natur gleichermaßen positiv entwickelt.

Auf der Basis von landesweiten Gesprächen zwischen dem NABU Rheinland-Pfalz e.V. und dem Wirtschaftsverband Baustoffe – Naturstein e.V. wollen die zwei Verbände durch die *Gemeinsame Erklärung* einen Beitrag zur „Nachhaltigen Rohstoffsicherung“ leisten.

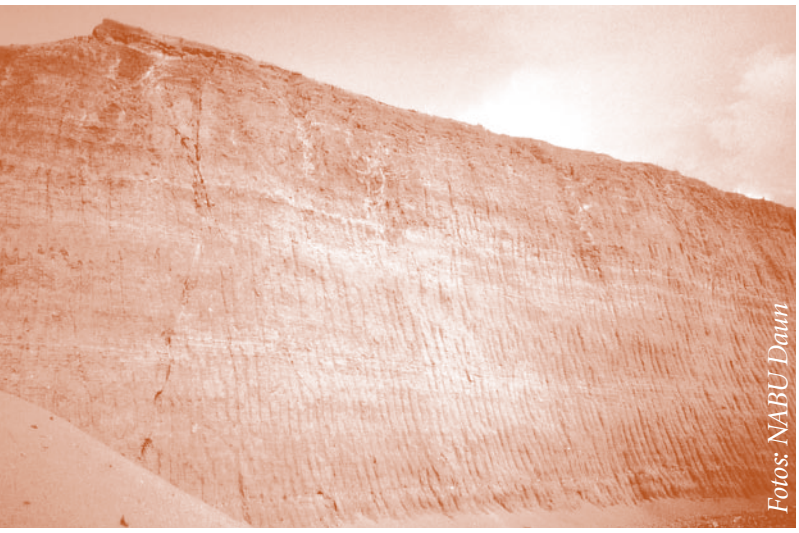
Diese Erklärung soll eine langfristige Rohstoffsicherung in dem Sinne fördern, dass Rohstoffsicherung und -abbau, Naturschutz und soziale Entwicklung keine Gegensätze sein müssen und für bisher strittige Punkte gemeinsam erarbeitete Lösungswege angestrebt werden.

Unter dem Begriff „Rohstoffabbau“ wird die Gewinnung mineralischer Rohstoffe wie z. B. Gips, Kalk- und Dolomitstein, Basalt, Bims, Sand und Kies, Schiefer und Tone etc. verstanden, die üblicherweise als Gruppe der „Steine, Erden und Industrieminerale“ zusammengefasst werden.

Mineralische Rohstoffe
sinnvoll und ressourcenschonend nutzen

Natürliche mineralische Rohstoffe sind mengenmäßig die bedeutendsten Rohstoffe unseres Landes. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die deutsche Wirtschaft. Für den lokalen bis regionalen Markt werden jährlich rund 11 Mio. Tonnen Ton, Kaolin, Kies und Sand sowie etwa 22 Mio. Tonnen an Brechprodukten aus Hartgestein, Kalk- und Dolomitgestein gewonnen.

Da die wirtschaftliche Entwicklung auch von einer kostengünstigen, umweltverträglichen, sicheren und möglichst ortsnahen Rohstoffversorgung mitbestimmt wird, kommt der langfristigen Sicherung dieser Rohstoffe eine herausragende Bedeutung zu. Der Abbau von Rohstoffen greift in den Landschaftshaushalt ein und verändert diesen. Viele Eingriffe des Rohstoffabbaus in Wasserhaushalt, Boden,



strukturlose Wand eines Steinbruchs - kein geeigneter Lebensraum für Tiere

Vegetation und Tierwelt können zwar nicht kurzfristig, aber insbesondere beim Trockenabbau mittel- oder langfristig wieder ausgeglichen werden. Beim Nassabbau lassen sich Eingriffe in manche Schutzgüter teilweise nicht wieder rückgängig machen. Dies betrifft die direkte Abgrabung von wertvollen Flächen ebenso wie die Beeinträchtigung

gut strukturierte Wand - hier können z. B. Uhus wieder Nistplätze finden

angrenzender Feuchtgebiete durch Grundwasserabsenkung. Andererseits können gerade auch durch offene Wasserflächen hochwertige Biotope entstehen.

Viele stillgelegte Abbaustätten weisen einen hohen Naturschutzwert auf. Ganz entscheidend hierfür ist vor allem die Art der Folgenutzung. Die Bedeutung mancher Baggerseen ist für den Arten- und Biotopschutz aufgrund einer intensiven Freizeitnutzung als gering einzustufen. Gleiches gilt für ehemalige Trockenabbauflächen. Es können aber auch durch die Initiative der Betreiber höherwertigere Folgenutzungen im Sinne des Naturschutzes geschaffen werden. Zugleich gilt es zu bedenken, dass der Abbau selbst stets einen zeitlich begrenzten Eingriff in Natur und Landschaft darstellt.

Rekultivierungen mit dem Ziel einer bestimmten Folgenutzung bewirken im Gegensatz zu „Renaturierungen“ im Sinne der Erhaltung und Förderung einer regional- und standorttypischen biologischen Vielfalt vergleichsweise wenig. Die Festlegung der Folgenutzung sollte somit in jedem Fall einzelfallbezogen und zeitnah zwischen allen Beteiligten möglichst einvernehmlich entschieden werden.

Konflikte schon im Vorfeld vermeiden

NABU und WBN sind sich einig, dass nur eine klare Abgrenzung und Akzeptanz der für Rohstoffabbau geeigneten Gebiete den Konflikt über den Rohstoffabbau in unserem dicht besiedelten Land lösen können. Deshalb ist grundsätzlich eine Sicherung der natürlichen Rohstoffressourcen notwendig, damit auch künftigen Generationen eine entsprechende Rohstoffbasis zur Verfügung steht. Diese Sicherung sollte anhand eines „Fachlichen Rahmenplanes Rohstoffe“, der in einem Bundesrohstoffgesetz verankert ist, erfolgen. Dieser sollte auf der Basis des Landesplanungsgesetzes, der geologischen Landesaufnahme und der Rohstoffkenntnisse des Landesamtes für Geologie und Bergbau und weiterer zuständiger Behörden sowie unter Beteiligung von Naturschutz- und Wirtschaftsverbänden erarbeitet werden und als Fachplanung in die Pläne zur Raumordnung einfließen.

Aus den dort kartierten potenziellen Rohstofflagerstätten und mit Hilfe der Landesplanung sind durch Abwägung der unterschiedlichen Belange Vorrangbereiche für die Rohstoffgewinnung zu entwickeln und festzulegen. Hierbei sind EU-, bundes- und landesrechtliche Bestimmungen und Programme zu beachten. Die sich ergebenden Vorrangbereiche müssen klar definiert und begründet werden. Die Bereiche von aktiven Gewinnungsstellen und deren unmittelbare Erweiterungsflächen sind bei der Erarbeitung der Regionalen Raumordnungspläne als Vorrangbereiche für die Rohstoffgewinnung auszuweisen, sofern das Ergebnis einer gesetzlich vorgeschriebenen zuvor durch zuführenden Verträglichkeitsprüfung dem nicht entgegensteht.

Für Abbauvorhaben ist, soweit gesetzlich vorgeschrieben, eine ergebnisoffene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Für jedes Abbauvorhaben ist ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) bzw. ein Fachbeitrag zu erarbeiten. Die UVP sowie der LBP haben auch die Folgenutzung der abgebauten Lagerstätten mit einzuschließen.

Mögliche Zielkonflikte innerhalb verschiedener Naturschutz-Leitbilder, z. B. hinsichtlich ungestörter Auenwald-Entwicklung oder offenzuhaltender Feuchtgebiete, müssen bereits während des Planungsverfahrens offen diskutiert und entsprechend entschieden werden. Genehmigungsverfahren dürfen nicht durch eine mangelnde Abstimmung oder Zielbestimmung zwischen Forst und Naturschutz oder innerhalb des Naturschutzes selbst verzögert werden.

Bereits im Planungsstadium sollte mit dem NABU eine verbindliche Flächensicherung für Naturschutzzwecke und/oder eine spätere Flächenveräußerung einzelfallbezogen diskutiert werden.

ein neuer Uhubrutplatz wird geschaffen

Foto: NABU Daun

Dezentraler Abbau

Natur und Landschaft möglichst wenig belasten

NABU und WBN sind sich darüber einig, dass eine dezentrale Versorgung der Industrie mit Rohstoffen die Transportwege und damit Umweltbelastungen minimiert. Mineralische Rohstoffe sind deshalb vor allem regional zu gewinnen und zu verarbeiten. Landestypische Naturwerksteine sind gegenüber

Wanderfalken Foto: Hubert Vogt • NABU Donnersberg

weltweiten Importen zu bevorzugen und zu fördern. Weite Transportwege sind zu vermeiden und der Transport ist umweltschonend abzuwickeln. Dies bedeutet, dass eine ausreichende Eigenversorgung auf möglichst kurzem Wege gesichert werden muss.
Für den WBN ist es zudem eine Selbstverständlichkeit, dass der Rohstoffabbau stets so umweltschonend wie möglich zu erfolgen hat. Natur- und Umweltschutz haben während des Abbaus und der Folgenutzung einen hohen Stellenwert, der zukünftig noch gesteigert werden soll.

Uhu • Foto: NABU Daun

junger Uhu • Foto: Hubert Vogt

Es ist einsichtig, dass während des Abbaus spontan entstehende Biotope den weiteren Fortgang des Abbaus und die in der Genehmigung festgesetzte Folgenutzung nicht verhindern dürfen. Allerdings ist deren längstmögliche Erhaltung selbstverständlich. Renaturierungen werden seitens des WBN und des NABU weiterhin gefördert.

Ca. 17 % der Landesfläche sind als NATURA 2000-Gebiete ausgewiesen. Viele davon sind nicht trotz sondern ursächlich wegen des Rohstoffabbaues entstanden. Gerade für die besonders zu schützenden Arten wie Uhu, Gelbbauchunke und Kammmolch trägt der weitere Rohstoffabbau dazu bei, einen günstigen Erhaltungszustand zu sichern.
Wo Rohstoffe abgebaut werden, sind die Lebensbedingungen für diese Arten besonders günstig bzw. Grundvoraussetzung.

Rohstoffgewinnung und Naturschutz können in den meisten Fällen auf der gleichen Fläche neben- und miteinander realisiert werden. Naturschutzmaßnahmen schließen die weitere Rohstoffgewinnung hier nicht aus. Die nötigen Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Sicherung von NATURA 2000-Gebieten können hier im Einklang mit der Rohstoffgewinnung erfolgen. Dabei ist das Mittel des Vertragsnaturschutzes der gesetzlichen Unterschutzstellung vorzuziehen, wenn ein gleichwertiger Schutz gewährleistet ist.

Behutsamer Abbau sichert künftigen Generationen Rohstoffressourcen

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hat der Begriff der nachhaltigen Entwicklung weltweite Bedeutung erlangt. Leitgedanke der Nachhaltigkeit ist die Integration von Ökonomie, Ökologie und sozialen sowie entwicklungspolitischen Aspekten. Als nachhaltig gilt eine Entwicklung dann, wenn sie auf Dauer angelegt ist und den nachfolgenden Generationen vergleichbare Nutzungsmöglichkeiten hinterlässt.

Der Anteil an genehmigten und im Verfahren befindlichen Rohstoffabbauflächen der Steine- und Erdenindustrie liegt in Rheinland-Pfalz unter einem Promille der Landesfläche. Rheinland-Pfalz verfügt – geologisch gesehen – über einen bedeutenden Vorrat an abbaubaren Rohstoffen, die jedoch zu einem großen Teil aufgrund anderer konkurrierender Nutzungen nicht verfügbar sind. Rohstoffvorkommen sind standortgebunden und lassen sich naturgemäß nicht verlagern. Unbestritten ist jedoch die Tatsache, dass bei endlichen Ressourcen, wie den mineralischen Rohstoffvorkommen, der Vorrat im Laufe der Zeit auf jeden Fall kleiner wird. Nachhaltigkeit kann hierbei nur bedeuten, so schnell wie möglich alternative Lösungen zu erforschen und umzusetzen und die begrenzten Vorräte so schonend wie möglich zu nutzen. Der Rohstoffabbau muss daher auf eine möglichst langfristige Nutzung ausgerichtet werden. Dies kann z.B. durch die vollständige Ausbeute bereits erschlossener Vorkommen gesichert werden. Die Standortgebundenheit der Mineralgewinnung und die Endlichkeit der Rohstoffe sollten von allen Beteiligten bei eventuellen Nutzungskonflikten besonders berücksichtigt und beachtet werden.
Die Produktion der Rohstoffindustrie ist von der Nachfrage und damit in erster Linie von der Baukonjunktur abhängig. Da sich die Rohstoffindustrie als eine Bedarfsdeckungsindustrie versteht, ist der Verbrauch entscheidend. Zahlen zur künftigen Abnahme lassen sich jedoch nicht genau abschätzen.

Der Bedarf und somit auch das Abbauvolumen sowie die Art der nachgefragten Baustoffe und Bauweisen werden von der Bauwirtschaft, öffentlichen Auftraggebern und privaten Bauherren festgelegt. Deren Nachfrage richtet sich auch nach dem Preis und der Qualität der angebotenen Rohstoffe.

Recyclingprodukte können insgesamt den Bedarf an Primärrohstoffen reduzieren, jedoch nicht vollständig ersetzen. Baureststoffe wie Bauschutt, Straßenaufbruch und Baumischabfälle werden mit einer Quote zwischen 70 und 90 % recycelt und damit wiederverwertet. Allerdings kann dieses Material nur ca. 7 % des Bedarfs decken. Der überwiegende Teil der benötigten Rohstoffmenge wird durch Primärrohstoffe gedeckt. Es ist anzustreben, wenn das technisch und ökonomisch möglich und sinnvoll ist, die Recyclingquote am Rohstoffverbrauch zu erhöhen.
Verschiedene Umstände wie z. B. Einschränkungen durch bestehende Normen, Nachfrage öffentlicher Auftraggeber, Diskussion um den Abfallbegriff u.v.m. schränken den Einsatz von Recyclingbaustoffen ein. Ein Verzicht auf Primärrohstoffe ist sowohl aus technischen Anforderungsgründen als auch aus Aspekten der nachfragebedingten Bedarfsdeckung nicht möglich.
Der NABU vertritt daneben die Auffassung, dass unsere derzeitigen Baustandards, Baustoffprodukte sowie Siedlungs- und Verkehrsplanungen dringend der Überprüfung auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit bedürfen und dass verstärkt alternative Baustoffe eingesetzt werden müssen (z. B. nachwachsende Rohstoffe).

Foto: Bernd Wagner NABU Zweibrücken

Renaturierung und Rekultivierung

immer mit Rücksicht auf die Natur

Forschungsergebnisse belegen, dass viele im Abbau befindliche Gewinnungsstätten einen hohen Wert für den Arten- und Biotopschutz haben. Die dort entstehenden Rohbodenstandorte können von einer Vielzahl seltener Pionierarten besiedelt werden. Je nach Ausgangssubstrat bleiben die Pionierstandorte unterschiedlich lange erhalten, da auch auf solchen Flächen die natürliche Sukzession abläuft, die in unseren Breitengraden in der Regel eine natürliche Wiederbewaldung zur Folge hat. Die einzelnen Sukzessionsstadien beinhalten eine jeweils typische Artenzusammensetzung. Die Sukzession in Abbaustätten ist zu begrüßen. Sollen Pionierstandorte dauerhaft erhalten bleiben, sind Pflegemaßnahmen früher oder später unabdingbar.

Landesweit ist derzeit nur ein geringer Anteil der Flächen der anthropogenen Nutzung entzogen. Selbst in diesen Gebieten gibt es in Teilen Einflüsse durch randliche Entwässerungen, Düngemitteleinsätze sowie durch den Eintrag von Schadstoffen inkl. Stickstoff durch die Luft. Wo immer möglich, ist daher auch bei ehemaligen Rohstoff-Abbauflächen die Chance einer ungestörten Sukzession zu überprüfen, sei dies aus Gründen der Forschung, des Umweltmonitorings oder der Umweltbildung oder aus Gründen des Naturschutzes.

Das Vorkommen seltener Arten oder Biotope in betriebenen Abbaustätten darf nicht über die grundsätzliche Problematik des Eingriffs in ursprünglich wertvolle Biotope inkl. Auenstandorte hinwegtäuschen und muss jeweils im Einzelfall gesondert betrachtet werden.

NABU und WBN streben gemeinsam an, dass Projekte für gefährdete Arten wie z. B. für Uferschwalbe, Uhu, Wanderfalke, Gelbbauchunke, Kammmolch und Kreuzkröte sowohl im laufenden Betrieb durchgeführt als auch in die Konzeptionen für die Folgenutzung miteinbezogen werden.

Der Renaturierung ist aus Sicht des Naturschutzes Vorrang vor anderen Folgenutzungen einzuräumen. Im Falle einer land- oder forstwirtschaftlichen Rekultivierung sind besonders naturverträgliche Folgenutzungen anzustreben.

Bei landwirtschaftlichen Rekultivierungen ist darauf zu achten, dass das Ertragspotenzial der Böden möglichst wieder hergestellt wird. Gleichzeitig sollte durch geeignete standortbezogene Maßnahmen (z.B. Hecken, Lesesteinhaufen, Streuobstwiesen) die Vielfalt der Landschaft wieder hergestellt oder verbessert werden.

Streuobstwiese • Foto: NABU Naturschutzzentrum Rheinauen

Bei forstlichen Rekultivierungen sind Sukzessionsflächen oder Vorwaldbegründungen im Sinne eines naturnahen Waldbaus wünschenswerter als aufwändige technische Waldbaumaßnahmen. Neben der forstlichen Rekultivierung muss auch die Vermehrung von naturnahen Waldbiotopen möglich sein.

Negative Auswirkungen der Rohstoffgewinnung auf die Trinkwasserqualität sind nicht bekannt. Dennoch ist sich die Steine- und Erdenindustrie bewusst, dass die Freilegung des Grundwassers ein Potenzial für mögliche Veränderungen bedeutet, wobei nicht zwangsläufig das abbauende Unternehmen selbst für eine Verschmutzung verantwortlich ist.

Nachhaltige Rohstoffsicherung muss auch soziale Rahmenbedingungen berücksichtigen

Eine langfristig angelegte Sicherung der Rohstoffvorkommen und deren Abbaumöglichkeit bedeutet Arbeitsplätze in der Region und damit Einkommen und Wohlstand. Die Branche Bergbau/Gewinnung von Steine und Erden ist in Rheinland-Pfalz u. a. durch den Abbau von Kies, Sand und Kaolin geprägt und konnte sich dadurch vom Beschäftigungsabbau der Branche in Deutschland insgesamt abkoppeln. In diesem Bereich blieb die Anzahl der Beschäftigen in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz deshalb nahezu konstant.

Einkommens- und Beschäftigungssicherung auf tarifvertraglicher Basis gewährleisten soziale Sicherheit und damit auch die höhere Bereitschaft, sich aktiv für naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Maßnahmen einzusetzen. Neben den betriebsinternen Unterweisungen zur Arbeitssicherheit bilden auch die Belehrungen im Umgang mit Grundwasser gefährdenden Stoffen, die im Gefahrstoffkataster eines jeden Betriebes dokumentiert sind, eine wichtige Komponente des praktizierten Umweltschutzes.

Einen hohen Stellenwert nimmt auch die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer ein. Die berufsbildende Schule Mayen bildet qualifizierte Naturwerksteinmechaniker und Steinmetze aus. Für die Weiterbildung und Qualifizierung zu fachlich sachkundigen Mitarbeitern setzt sich die Deutsche Naturstein Akademie Mayen mit ihren Bildungsangeboten für Natursteinbetriebe ein. In der Weiterbildung spielt neben den fachlich-technischen Themen auch der betriebliche Umweltschutz eine wichtige Rolle, der bereits in vielen Unternehmen umgesetzt wird.

Die Arbeitnehmer- wie auch Arbeitgeberorganisationen bieten Seminare zum betrieblichen Umweltschutz für ihre Mitglieder an und werden dies in Zukunft weiter verstärken.

Dialog und Zusammenarbeit werden fortgeführt

Die Fragen des Grundwasserschutzes, der Limnologie von Baggerseen und der Koordination der Folgenutzung, die Erhaltung naturschutzfachlich wertvoll einzustufender Lebensräume wie der Auenstandorte (z. B. bestehende und geplante Überschwemmungsgebiete), geschützter Biotope und die Entwicklung einer nachhaltigen fachlichen Praxis der Rohstoffgewinnung sind zukünftig noch zu lösende, gemeinsame Aufgaben von WBN, NABU und der Politik. In den Dialog werden auch die langfristigen Entwicklungsperspektiven der rohstoffabbauenden Unternehmen und der damit einhergehenden Beschäftigung aufgenommen.

Diese sowie darüber hinausgehende Probleme werden NABU und WBN in einem künftigen Dialog zu klären versuchen.

Kammmolch (10 - 20 cm) • Foto: Dietmar Glitz, NABU Ahrweiler

Grundsätzlich wollen NABU und WBN zukünftig zusammenarbeiten, um gemeinsam

- zur Erstellung landesweiter und -spezifischer Konzeptionen zum Abbau und zur Verwertung mineralischer Rohstoffe mit beizutragen,
- eine möglichst dezentrale Versorgung mit umweltschonenden Transportmitteln zu erreichen,
- die Rohstoffversorgung und die Rohstoffsicherung nachhaltig zu gestalten,
- den Abbau mineralischer Rohstoffe umwelt- und ressourcenschonend unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Aspekte sozialverträglich durchzuführen,
- die Folgenutzung von Abbaustätten möglichst umweltverträglich und an die natürlichen Gegebenheiten angepasst zu gestalten,
- die Substitution von Primärrohstoffen durch Recyclingbaustoffe sowie durch nachwachsende Rohstoffe und die Erhöhung von Recyclingquoten unter Berücksichtigung des Bedarfs an recyceltem Material insgesamt im Baustoffgewerbe voranzubringen,
- für eine langfristige Sicherung eines schonenden Rohstoffabbaus und der damit verbundenen Beschäftigungspotenziale einzutreten und
- den Dialog zwischen NABU und WBN langfristig und zukunftsweisend zu fördern, z. B. in Form lokaler Arbeitskreise, gemeinsamer Begehungen der Abbaustätten, gemeinsamen Aktionen im Sinne des Naturschutzes, gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen und gemeinsamen Veröffentlichungen zu entsprechenden, aktuellen Themen.

Mainz und Köln
Mai 2008

Siegfried Schuch
Vorsitzender
NABU Rheinland-Pfalz

Raimo Benger
Geschäftsführer WBN

Thilo Juchem
Landesvorsitzender WBN

NABU Rheinland-Pfalz

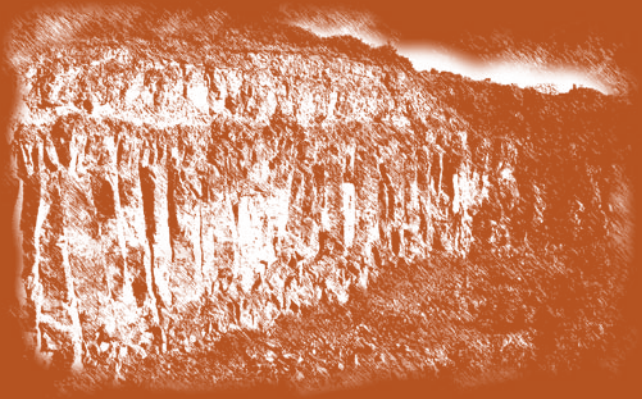
Naturschutzbund Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Frauenlobstraße 15-19
55118 Mainz
Tel. 0 61 31/1 40 39-0
Fax 0 61 31/1 40 39-28
E-Mail: Kontakt@NABU-RLP.de
www.NABU-RLP.de

WBN

Wirtschaftsverband Baustoffe – Naturstein e.V.
Annastraße 67-71
50968 Köln
Tel. 02 21/93 77 10-0
Fax 02 21/93 77 10-10

Nebenstelle:
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

E-Mail: wirtschaftsverband@netcologne.de
www.wbn.naturstein-netz.de

Bearbeitung und Beratung

Waldemar Bahr • Thomas Beißwenger •
Dr. Friedrich Häfner • Klaus Kußmaul •
Wolf Müller • Helmut Opitz • Dr. Markus Rösler •
Dr. Stefan Rösler
Martina Heßing • Friedrich Wulf
Layout: Marco Fellner